

Warum eine gezielte Entlastung Bedürftiger kompliziert ist

Die bislang als Reaktion auf die hohe Inflation beschlossenen Hilfen erreichen nicht alle. Gleichzeitig profitieren auch einkommensstarke Haushalte davon. Experten erklären die Hintergründe, warum das so ist.

VON BARBARA SCHÄDER

FRANKFURT. Angesichts der hohen Inflation wird über weitere Hilfen für Verbraucher diskutiert. Die Bundesregierung müsse beim nächsten Entlastungspaket „endlich“ eine soziale Komponente in Gestalt einer Einkommensschwelle einbauen, forderte am Freitag der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) in einem MDR-Interview. Warum das in der Praxis gar nicht so einfach ist.

— Worauf bezieht sich die Kritik?

Sie entzündet sich vor allem daran, dass der Tankrabbatt und die Mehrwertsteuersenkung auf Erdgas ausgerechnet diejenigen Verbraucher begünstigen, die besonders viel Sprit und Gas verbrauchen. Das sind in erster Linie Menschen mit großen Autos und Wohnungen, also nicht die sozial Bedürftigen.

Überdies erhalten im September alle Erwerbstätigen eine Energiekostenpauschale von 300 Euro. Sie unterliegt zwar der Einkommensteuer, doch auch Spitzenverdienern bleibt netto über die Hälfte – obwohl sie das Geld nicht unbedingt brauchen. Ein weiterer Kritikpunkt: Rentnerinnen und Rentner bekommen die Pauschale nur, wenn sie arbeiten. Ruheständler haben bislang keine direkten Zahlungen erhalten, es sei denn, sie haben Anspruch auf Grundsicherung oder Wohngeld. Denn für Transferleistungsbezieher gab es im Juli einmalige Zuschüsse.

— Warum gibt es für die Pauschale keine Einkommensgrenze?

„Bei einer harten Einkommensgrenze besteht natürlich immer das Problem, dass diejenigen, die nur wenige Cent darüber liegen, sich ungerecht behandelt fühlen“, sagt dazu Professor Alexander Kritikos vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). „Vorstellbar wäre folgendes Modell: Für Personen mit einem Jahresbruttoeinkommen



Holger Stichnoth

von bis zu 40 000 Euro gibt es die volle Energiekostenpauschale, darüber wird sie nach und nach abgeschmolzen.“
Aber auch hier gebe es Schwierigkeiten: „Entscheidend für die Bedürftigkeit sind letztlich die Haushaltseinkommen. Dazu fehlt es aber an einer hinreichenden Datengrundlage. Wenn Eheleute nicht gemeinsam veranlagt werden, weiß der Staat nicht, ob ein Geringverdiener mit einer reichen Unternehmerin zusammenlebt.“ Gerade Selbstständige verzichteten häufig auf eine gemeinsame steuerliche Veranlagung, um zu verhindern, dass im Falle einer Insolvenz auch auf Vermögen des Partners oder der Partnerin zugegriffen werde.

— Warum zahlt der Staat nicht allen Geld und prüft nachträglich die Bedürftigkeit anhand der Steuererklärung?

„Der Staat kann nicht einfach jedem Bürger Geld überweisen, weil er gar nicht über die Kontonummern verfügt“, sagt Silke Übelmesser, Professorin für Finanzwissenschaft an der Universität Jena. Die Energiekostenpauschale wird deshalb bei abhängig Beschäftigten über die Arbeitgeber und bei Selbstständigen über die Finanzämter ausbezahlt. Immerhin sieht der Entwurf des Jah-



Die gestiegenen Preise machen Verbrauchern zu schaffen, die Politik bemüht sich um Entlastung.
Foto: imago/Martin Wagner, ZEW, Uni Jena

Das Inflationsausgleichsgesetz

Vorhaben Eckpunkte für ein Inflationsausgleichsgesetz wurden am 10. August vom Bundesfinanzministerium vorgestellt. Es soll verhindern, dass Lohnsteigerungen in Höhe der Inflationsrate sofort wieder dadurch aufgezehrt werden, dass ein anderer Grenzsteuersatz greift. Neben einer Erhöhung der Schwellenwerte, ab denen sich die Grenzsteuersätze ändern, soll das Kindergeld erhöht und die Absetzbarkeit von Rentenbeiträgen von der Steuer verbessert werden. Bei gleichbleibendem Einkommen sinkt dadurch die Steuerlast. Das Bundesfinanzministerium schreibt dazu auf seiner Website: „Niedrige Einkommen werden am stärksten entlastet.“ So sinke die Steuerlast auf ein zu versteuerndes Einkommen von 15 000 Euro um zehn Prozent. Bei einem zu versteuernden Einkom-

men von 30 000 Euro fällt die prozentuale Entlastung bereits auf weniger als vier Prozent.

Studie Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat sich indes die Veränderung der Nettoeinkommen durch die Reform angeschaut. Und kommt zu dem Ergebnis, dass hier die Zuwächse für die unteren Einkommensklassen geringer sind als für Gutverdiener – auch prozentual gesehen. Hier einige Musterbeispiele:

Singles Alleinstehenden mit einem Jahresbruttoeinkommen von 20 000 Euro blieben nach der Reform netto 125 Euro mehr als bislang, das entspricht einem Plus von 0,8 Prozent. Bei einem Jahresbruttoeinkommen von 40 000 Euro stiege das verfügbare Einkommen um 270 Euro oder ein Prozent, bei 80 000 Euro um gut 800

Euro oder 1,7 Prozent. Bei Einkommen darüber fielen die Vorteile wieder etwas kleiner aus.

Familien Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem gemeinsamen Haushaltsbruttoeinkommen von 40 000 Euro hätte nach der Reform laut ZEW netto rund 330 Euro mehr zur Verfügung. Das entspricht einem Plus von 0,9 Prozent. Bei einem Bruttohaushaltseinkommen von 80 000 Euro stiege das verfügbare Einkommen derselben Familie um fast 740 Euro oder 1,3 Prozent. Bei einem Haushaltseinkommen von 100 000 Euro wäre der Vorteil geringer, bei 200 000 Euro größer. Diese Aussagen gelten sowohl für Familien, in denen beide Partner jeweils die Hälfte zum Haushaltseinkommen beisteuern, als auch für Eltern mit einer Aufteilung von 75 zu 25 Prozent. *bsa*

ressteuergesetzes nun vor, dass zusätzlich zu der bereits an jeden Bürger vergebenen Steuer-Identifikationsnummer künftig auch eine Kontonummer gespeichert werden soll. „Das wäre schon einmal ein wichtiger Fortschritt“, sagt Übelmesser.

Solange es das Kontonummern-Register noch nicht gibt, könnte der Staat allenfalls beschließen, die Hilfen überhaupt erst nach Eingang der Steuererklärung auszuzahlen beziehungsweise von der Steuer abzuziehen. „Das gäbe aber eine enorme zeitliche Verzögerung – und es könnten nur die profitieren, die eine Steuererklärung einreichen“, sagt Übelmesser.

— Wie wäre es mit einer Antragslösung?

„Eigentlich müsste es möglich sein, dass der Staat festlegt, Unterstützung nur bis zu einem bestimmten Nettoeinkommen pro Kopf zu leisten“, meint Katja Rietzler, Referentin für Steuer- und Finanzpolitik beim Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. „Haushalte, die darunter liegen, könnten dann unter Angabe der Steuer-Identifikationsnummern aller Haushaltsmitglieder einen Antrag auf Zuschüsse stellen.“ Eine Nachprüfung wäre später auf Basis der Steuererklärung möglich. Aber: „Die Berichte über Probleme mit den elektronischen Grundsteuererklärungen lassen vermuten, dass die Finanzverwaltung Schwierigkeiten haben dürfte, massenhafte Anträge auf ein Energiegeld kurzfristig zu bearbeiten.“



Silke Übelmesser

— Wäre eine Steuerreform eine Möglichkeit?

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) plant ein Inflationsausgleichsgesetz. Es soll verhindern, dass Lohn erhöhungen von der Steuer aufgezehrt werden. Bürger, deren Einkommen gleich bleibt, bliebe nach Inkrafttreten der Reform im kommenden Jahr mehr Netto vom Brutto. Auch hier gilt aber, dass Menschen mit höheren Einkommen besonders profitieren, wie Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigen.

Für die Topverdiener, die die sogenannte Reichensteuer zahlen müssen, soll die kalte Progression allerdings nicht vollständig korrigiert werden. Dies deutet darauf hin, „dass man am Ende einen Kompromiss finden könnte, den Verlauf der Steuersätze stärker sozialpolitisch auszugestalten“, meint Professor Holger Stichnoth, Leiter der ZEW-Forschungsgruppe Ungleichheit und Verteilungspolitik.

Theoretisch wäre denkbar, die Einkommenssteuer so zu reformieren, dass Geringverdiener noch stärker entlastet werden – was allerdings ein Loch in die Staatskasse reißen würde. Zur Gegenfinanzierung wären dann Steuererhöhungen für andere Einkommensgruppen notwendig. „Darüber kann man diskutieren, darf aber nicht außer Acht lassen, dass die oberen Einkommensklassen schon jetzt einen erheblichen Teil der Steuerlast tragen“, sagt die Jenaer Professorin Übelmesser. Die aktuellen Probleme durch die hohen Teuerungsraten durch eine umfassende Steuerreform zu lösen, hält sie für unrealistisch: „Eine Steuerdiskussion würde jetzt alle überfordern.“